

Haushaltsrede

des Bürgermeisters Georg Schellinger

13. Dezember 2023

Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderats,
Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,
Sehr geehrte Vertreter der Presse,

wir wollen heute über die Freigabe des Zahlenwerks für den Haushalt 2024 der Gemeinde Meckenbeuren abstimmen. Damit soll gewährleistet werden, dass wir im Januar die Haushaltssatzung beschließen können. Es ist gute Tradition, dass zu diesem Zeitpunkt eine Einordnung der Zahlen durch den Bürgermeister erfolgt und ich möchte Sie an meinen Gedanken zu diesem Haushalt teilhaben lassen.

Beginnen möchte ich mit einem Blick auf das noch laufende Haushaltsjahr 2023. An der von mir im vergangenen Jahr prognostizierten Rezession sind wir in Deutschland vorbeigeschrammt, das Bundesfinanzministerium spricht bei der letzten Steuerschätzung stattdessen von einer „konjunkturellen Schwächephase“. Unseren Gemeindehaushalt können wir für dieses Jahr stabiler halten, als noch zum letzten Jahreswechsel angenommen. Wir durften mit einer weiterhin guten Gewerbesteuer kalkulieren, die sogar über dem erwarteten Ansatz von 14 mio. € liegen dürfte. Einige der geplanten Maßnahmen sind beim Mittelabfluss noch nicht so weit gekommen wie wir es geplant hatten. Dadurch müssen wir Investitionen wie z.B. für den Hochwasserschutz in Kehlen auch nochmals für 2024 anmelden. Die guten Steuereinnahmen und verschobene Investitionen führen dann auch dazu, dass wir zum Jahresende über eine gute Liquidität verfügen werden und die Aufnahme neuer Kredite 2023 noch nicht erforderlich wurde. Das verbindet diesen laufenden Haushalt auch mit seinen Vorgängern: Schuldenaufnahmen wurden eingeplant und mussten nicht gezogen werden. Dennoch gab es in den vergangenen fünf Jahren umfangreiche Investitionen wie z.B. bei der KiTa an der Schussen, an der Heizzentrale im Bildungszentrum oder am Feuerwehrhaus Meckenbeuren.

Auf den Haushalt 2024 können wir nicht mit so viel Optimismus blicken. Er ist ein offenes Buch, geprägt von Zahlen, Daten und er erzählt dem interessierten Leser von den Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt. Er ist aber auch der Ausblick darauf, wie wir unsere Gemeinde weiter stärken und zukunftsfähig machen wollen.

Lassen Sie uns direkt in die Materie eintauchen. Das Volumen unseres Ergebnishaushalts, unsere Umsätze, werden im kommenden Jahr mit etwa 58 Millionen Euro geplant. Leider müssen wir uns mit einem Defizit von 1,95 Millionen Euro auseinandersetzen, eine Tendenz, die bereits aus unserer mittelfristigen Planung bekannt war. Dieses Defizit resultiert vor allem aus den Kürzungen beim Finanzausgleich, bedingt durch das außerordentliche Steuerjahr 2022. Sie kennen dieses Finanzausgleichsarithmetik, die im Zweijahresturnus zuschlägt.

Trotz dieser finanziellen Herausforderungen dürfen wir nicht den Mut verlieren. Durch gezielte Sparmaßnahmen konnten wir das ursprüngliche Defizit von etwa fünf Millionen Euro um über drei Millionen Euro reduzieren.

Die erwartete Gewerbesteuer in Höhe von rund 14,8 Millionen Euro ist eine gewissenhafte Schätzung. Wir beobachten die Prognosen der Wirtschaft mit Vorsicht, doch wir hoffen auf eine weiterhin stabile Wirtschaftslage, die möglicherweise höhere Erträge am Ende des Jahres ermöglichen könnte.

Ein besonders augenfälliges Merkmal in unserem Ergebnishaushalt sind die Personalkosten, die von 12,7 Millionen Euro auf 14,4 Millionen Euro steigen. Der Stellenplan weist sogar Personalkosten von 15,15 Millionen Euro aus. Wir rechnen jedoch aufgrund zu erwartender Stellenvakanzen mit einer Reduzierung um 0,75 Millionen Euro. Diese Steigerungen sind unumgänglich, um das breite Aufgabenspektrum unserer Kommune bewältigen zu können und sie bilden die Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst ab. Zudem investieren wir gezielt 180.000 Euro in neue Benefits für unsere Mitarbeiter, um Fachkräfte zu gewinnen und zu halten, denn der Fachkräftemangel ist auch in der öffentlichen Verwaltung immer stärker spürbar. Nun könnte man sich wundern, dass der Gemeinderat dieser Freiwilligkeitsleistung trotz unserer Finanzprobleme zugestimmt hat. Es geht aber nicht darum, den Mitarbeitenden den roten Teppich auszurollen während die Bürgerinnen und Bürger den Nebeneingang benutzen müssen. Mitarbeiterbindung und Mitarbeitergewinnung ist kein Selbstzweck und keine Wellnessmaßnahme. Es ist die Einsicht darin, dass wir Dienstleister sind und dass wir auf einem umkämpften Arbeitsmarkt die besten Köpfe bei uns halten und weiter für uns gewinnen wollen, eben um unseren Bürgerinnen und Bürgern eine gute Aufgabenerfüllung der Gemeinde bieten zu können.

Ein weiterer großer Posten betrifft den Unterhalt von Gebäuden. Hierfür sind zusätzlich 500.000 Euro erforderlich, wovon allein 300.000 Euro in den Kindergarten Brochenzell fließen, für die dringende Dachsanierung und den Umbau der Sanitäranlagen. Schulen erhalten ebenfalls 100.000 Euro zur Sicherung ihrer Infrastruktur. Der Erhalt von Bausubstanz ist uns wichtig. Wir könnten in dem Bereich noch mehr tun, aber es wird auch deutlich, dass uns Erhaltungsmaßnahmen wichtig ist.

Trotz des hohen Defizits setzen wir auf die Umsetzung wichtiger Maßnahmen, die unsere Gemeinde voranbringen sollen. Dazu zählen die kommunale Wärmeplanung und das Starkregenrisikomanagement. Wir investieren in die Planung und

Konzeptionierung der zentralen Sportstätte zur Unterstützung einer möglichen Fusion der Sportvereine. Dabei sehen wir uns vor allem in der Verantwortung in sinnvolle Maßnahmen zu investieren, die langfristig positive Effekte für unsere Gemeinde haben werden.

Wir sind aber auch aufgerufen unsere Einnahmesituation zu verbessern. Mit höheren Verwaltungsgebühren werden wir uns zeitnah im neuen Jahr befassen. Und es gehört zur Wahrheit dazu, dass wir für die Zukunft auch Steuererhöhungen nicht ausschließen können. Um die Finanzsituation künftig zu verbessern, mussten wir in der mittelfristigen Planung mit einer höheren Grundsteuer kalkulieren. Diese möchte ich aber abwenden, sofern sich die Aussichten wieder bessern.

Damit komme ich zum Finanzhaushalt. Die Investitionen für das kommende Jahr belaufen sich auf insgesamt rund 16 Millionen Euro. Der Fokus muss auf einer klaren Konzentration auf Pflichtaufgaben, insbesondere im Bereich Kindergarten, Asyl und Feuerwehr, liegen.

Wir stellen Mittel zur Verfügung, um in Hegenberg einen leistungsstarken Kindergarten in einer hohen und zeitgemäßen Energieeffizienz zu erstellen. Sofern wir den Ansatz von sechs mio. € für 2024 aufgrund des Baufortschritts nicht ausreizen können, haben wir hier eine Verschiebung der Investitionshöhe, die uns bei der Schuldenaufnahme 2024 hilft, dann jedoch 2025 wieder aufschlägt.

Die weiteren laufenden Kosten für die Unterbringung von Asylbewerbern stellen uns als Pflichtaufgabe ebenfalls vor weitere Herausforderungen. Wir haben hier über die letzten Jahre mit mehreren selbst gebauten, gekauften und gemieteten Immobilien viel Geld in die Hand genommen. Manche Investitionen sehen wir dabei durchaus als brauchbare Investitionen in die Zukunft, da gute Immobilien noch immer wertbeständig sind. Aber die Betreuung der Menschen und der Unterhalt der Gebäude erfordern Personal. Bildlich gesprochen: Das zusätzliche Gebäude benötigt Personal und der zusätzliche Hausmeister erwartet eben nicht nur sein Gehalt, sondern er braucht ein Fahrzeug um von A nach B zu kommen usw.; Das alles kostet. Ich habe zum jetzigen Zeitpunkt keine Ahnung, wie die von Berlin versprochenen 7.500 € pro Asylbewerber und Jahr in welchem Verteilschlüssel bei uns ankommen sollen. Es ist Teil der finanziellen Wahrheit, dass uns diese Aufgabe zusätzlich belastet. Und es belastet mich persönlich, wenn ich darauf hinweisen muss. In wenigen Tagen hören wir in der Weihnachtsgeschichte wieder den Satz: „Weil in der Herberge kein Platz für sie war.“. Das Recht auf Asyl ist ein Pfeiler unseres Rechtsverständnisses. Und wenn man z.B. den geflüchteten Jugendlichen in Ottmarsreute gegenübersteht, müsste man ein Unmensch sein, wenn einen die persönlichen Fluchterfahrungen nicht berühren würden. Aber Deutschland nimmt 30 Prozent aller Flüchtlinge auf, die nach Europa kommen. Baden-Württemberg hat mehr als doppelt so viele Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen wie ganz Frankreich. Und diese Wahrheit spüren wir auch in Meckenbeuren. Dies öffentlich anzusprechen kann immer politischen Kräften in die Hände spielen, die nur an Spaltung und nicht an Lösungen interessiert sind. Darum ist mir wichtig, dies mit den Worten des Präsidenten des Gemeindetags Baden-

Württemberg, Herrn Steffen Jäger, zu sagen: „Das Benennen von Realitäten ist niemals das Bedienen von rechtspopulistischen Narrativen.“. Und in diesem Sinne sage ich Ihnen: Wir brauchen europa- und weltweite Lösungen für die Migration. Sonst wird das Problem auch weiterhin unsere kommunalen Möglichkeiten einschränken.

Zwei Millionen Euro haben wir für Grundstücksankäufe eingeplant, um eine bauliche Entwicklung für Wohnen und Gewerbe zu ermöglichen. Mit der neu gefassten Grunderwerbsstrategie hoffen wir, wieder mehr Entwicklungsmöglichkeiten zu erhalten. Mit dem Verkauf der Gewerbeflächen im „Gewerbegebiet Flughafen II“ haben wir unsere Potenziale für Grundstücksverkäufe nahezu ausgeschöpft. Um mittelfristig wieder Verkaufserlöse zu erzielen, müssen wir am Markt verstärkt aktiv werden. Eine Priorisierung werden wir in 2024 angehen, da wir uns wahllose Investitionen nicht leisten können

Weitere 300.000 Euro sind für die Anschaffung von IT-Systemen vorgesehen, um die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen voranzutreiben. Ein wichtiger Schritt, der auch unseren Schulen zugutekommen wird.

Für die verpflichtende Ganztagesbetreuung an Grundschulen ab 2026 planen wir Mittel ein, obwohl der genaue Investitionsbedarf mittelfristig noch nicht präzise beziffert werden kann. Ich erwarte ein klares Bekenntnis von Bund und Land zur Förderung. Die Aufnahme dieser Aufgabe in das Bundesjugendhilfegesetz, ohne klare Zusagen für die finanzielle Umsetzung der Kommunen, wirft erhebliche Fragen auf, insbesondere im Hinblick auf das verfassungsmäßig verankerte Recht der kommunalen Selbstverwaltungshoheit.

Um den Veranstaltungen der Vereine in Brochenzell besser gerecht zu werden, werden wir ertüchtigende Maßnahmen am Schlossparkplatz durchführen, inklusive Verbesserungen in der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung.

Straßenbaumaßnahmen sind notwendig, und daher sind Mittel für die barrierefreie Umgestaltung von Bushaltestellen in Höhe von 1,3 Millionen Euro vorgesehen, wobei Zuschüsse von etwa 830.000 Euro erwartet werden. Wir sind dabei auf einem guten Weg um den ÖPNV für alle Menschen attraktiver zu machen.

Wie bereits diskutiert wird das Bahnhofsnebengebäude mit 650.000 Euro saniert, einschließlich der Errichtung von Toilettenanlagen. Eine Toilette für so viel Geld, das hört sich natürlich spannend an. Aber lassen Sie uns bitte bei der weniger plakativen Gesamtsicht bleiben: Wir ertüchtigen ein denkmalgeschütztes Gebäude, das wir als Gemeinde vor mittlerweile 16 Jahren erworben haben und in das wir seither nichts investiert haben. Wir bauen in dieses Gebäude eine Toilette ein. Das ist unbestritten eine große Investition. Aber die Toilette selbst kostet eben nicht 650.000 €. Da sind große Kostenanteile für den allgemeinen Gebäudeerhalt beinhaltet, den wir früher oder später ohnehin hätten stemmen müssen. Und auch wenn wir von Kostensteigerungen von gesamt 9 % gegenüber der Kostenschätzung aus dem Mai 2022 ausgehen, ist das unerfreulich, aber bei aktuellen Bauprojekten noch lange nicht außergewöhnlich

und in diesem Fall sogar aus Gründen des Denkmalschutzes erklärbar. Ich stehe zu diesem Gebäude mit dieser Toilette!

Neue Spielgeräte an verschiedenen Spielplätzen werden mit rund 70.000 Euro gefördert, um die Lebensqualität unserer jungen Bürgerinnen und Bürger zu steigern. Tilgungsumlagen an den ZVBB in Höhe von etwa 80.000 Euro jährlich sind notwendig, um den Ausbau der Breitbandversorgung voranzutreiben. Eine Maßnahme, die langfristig die Zukunftsfähigkeit unserer Gemeinde sichert.

Auch der Hochwasserschutz ist uns wichtig. Daher fließen rund 150.000 Euro in Präventions-Maßnahmen an der Halle und der Schule in Kehlen. Gerne hätten wir dies 2023 abgewickelt. Aber die Kapazitäten am Bau haben das nicht zugelassen.

Um all diese ehrgeizigen und notwendigen Projekte zu realisieren, sehen wir uns gezwungen, eine Kreditaufnahme von 13 Millionen Euro vorzunehmen. Diese Planung führt zu einer Erhöhung des Schuldenstandes auf 22 Millionen. Ein Umstand, auf den ich abschließend nochmals eingehen möchte.

Lassen Sie mich nun zu den Eigenbetrieben kommen:

Eigenbetrieb Wasser

Trotz gestiegener Personalkosten und erforderlicher Zinsaufwendungen sind ausreichend Mittel für laufende Unterhaltungsmaßnahmen vorhanden, da größere Investitionsprojekte im Liquiditätsplan verbucht werden.

Geplante Investitionen in diesem und den folgenden Jahren umfassen die Sanierung des Pumpwerks Mühlebach, die Endabrechnung des Neubaus der Verbindungsleitung Schwarzenbach Hasenwinkel, eine Druckerhöhung für die Löschwasserversorgung, den Neubau einer Leitung zwischen Langentrog und Liebenau, die Verbindungsleitung Kratzerach, den Neubau der Wasserleitung Lindauer Straße/B467, und die Ersatzbeschaffung eines Fahrzeugs für den Wassertechniker. Aufgrund der Vielzahl an Investitionen werden fast alle Ausgaben von etwa 1,195 Millionen Euro durch Kredite finanziert, da die Mittel der Vorjahre bereits weitgehend in Investitionen geflossen sind.

Eigenbetrieb Abwasser

Für den Eigenbetrieb Abwasser sind ertragsseitig keine besonderen Entwicklungen zu erwarten. Allerdings wird aufgrund der zu erwartenden höheren Umlagen an den Abwasserverband Unteres Schussental, bedingt durch den Bau des Abwasserpumpwerks Lochbrücke und der Pumpendruckleitung nach Sassen, voraussichtlich 2025 eine höhere Abwassergebühr notwendig sein. Dies wurde bereits in der mittelfristigen Planung berücksichtigt, muss aber im Laufe des Jahres 2024 noch kalkuliert werden.

Aufgrund gestiegener Personalkosten und erforderlicher Zinsaufwendungen stehen weniger Mittel für die Sanierung des Infrastrukturvermögens zur Verfügung. Dies ist

jedoch unproblematisch, da aktuell keine größeren Projekte geplant sind und ausreichende Mittel für laufende und dringende Unterhaltungsmaßnahmen vorhanden sind. Sollte sich hier eine Änderung abzeichnen, kann dies bei der Neukalkulation berücksichtigt werden.

Investive Projekte für die Jahre 2024 bis 2027 umfassen unter anderem die Abwasserbeseitigung in Kratzerach und Sibratshaus, Optimierung des Pumpwerks Humpisstraße, Sanierung der Humpisstraße, Maßnahmen gemäß Eigenkontrollverordnung für Kanalinnensanierungen in Brochenzell und Meckenbeuren, sowie weitere infrastrukturelle Verbesserungen.

Die Liquidität des Eigenbetriebs erfordert eine Finanzierung der Investitionen über Kredite in Höhe von 2,2 Millionen Euro.

Eigenbetrieb Regionalwerk

Der Eigenbetrieb Regionalwerk hat sich nach dem Gewinneinbruch im Jahr 2022 wieder erholt. Für das Geschäftsjahr 2023 wird aktuell mit einem Gewinn von 1,85 Millionen Euro beim Regionalwerk Bodensee GmbH und Co. KG gerechnet, wovon 220.000 Euro als Ertrag ausgewiesen werden. In den Folgejahren wird ebenfalls mit stabilen Gewinnen gerechnet, wobei ein Teil des Gewinns thesauriert wird.

Ein Nachschuss in die Gesellschaft ist mittelfristig nicht erforderlich und daher im Finanzplan nicht vorgesehen. Der Eigenbetrieb schließt jährlich mit einem Gewinn ab, mit Ausnahme des Jahres 2022.

Nach dieser nicht vollständigen Aufzählung der Investitionen im Kernhaushalt und bei den Eigenbetrieben möchte ich Ihnen noch darstellen, was aus meiner Sicht wünschenswert oder vielleicht sogar für die Zukunft notwendig wäre für die Entwicklung unserer Gemeinde, aber in diesem Haushalt 2024 nicht vorkommt.

Zu wenig Umwelt- und Klimaschutz wurde dem Zahlenwerk in der letzten Sitzung vorgeworfen. Und es ist nicht so, dass mich diese Kritik nicht berührt hätte. Es stimmt, Maßnahmen zur Klimaanpassung sind durch das Starkregenrisikomanagement und die Hochwasserschutzmaßnahmen prägnanter als Maßnahmen zum vorbeugenden Klimaschutz.

Nachdem wir 2023 das Dach der Grundschule Brochenzell mit Photovoltaik bestückt haben, ist aktuell mittelfristig für 2025 eine Investition über 200.000 € für das Dach der Halle Meckenbeuren oder der Halle in Buch vorgesehen. Unser Budget von 100.000 € pro Jahr für diesen Zweck wollen wir im übernächsten Jahr zusammenfassen. Wie bereits vor 14 Tagen mitgeteilt, bin ich aber offen dafür, dass wir uns für eine schnellere Belegung der Dächer Investoren, also Mieter der Dachflächen, an Bord holen. Wenn das gelingt, dann ist der umweltfreundlichen Stromerzeugung geholfen und auch unserem Finanzhaushalt. Als Verwaltung werden wir dazu Vorschläge erarbeiten.

Als Bauherr wollen wir uns vorbildlich verhalten. Auch im Budget für die KiTa Hegenberg steckt viel kommunaler Klimaschutz, zum Beispiel durch die nachhaltige Holzbauweise, eine Wärmepumpe und eine PV-Anlage.

Dem Aufbau kommunaler Ladeinfrastruktur für Elektroautos steht dieser Gemeinderat eher skeptisch gegenüber, was ich auch nachvollziehen kann. Aber Ende 2023 oder Anfang 2024 werden durch private Investoren am Bahnhofplatz ein E-Carsharing-Angebot und am Rathaus eine Lademöglichkeit aufgebaut.

Das Klimabudget haben wir 2023 beschlossen und auch für kommendes Jahr sind die Mittel eingeplant. Die Bürgerinnen und Bürger sind aufgerufen, ihre Ideen einzubringen. Wir starten dazu aktuell eine Öffentlichkeitskampagne.

Akteur der Energiewende sind wir als Kommune aber nicht alleine. Als Gesellschafter des Regionalwerks Bodensee werden die Weichen gestellt, damit unser Energieversorger seine Rolle in diesem Feld einnehmen kann. Durch die Finanzierungsmöglichkeit über Genussscheine sollen Investitionen in erneuerbare Energien ermöglicht werden. Auf das Nahwärmenetz in Tettnang schauen wir nicht mit Neid, sondern in der Hoffnung, dass unser Regionalwerk mit dem neuen Know-how vielleicht auch einmal in Meckenbeuren auf diesem Markt aktiv werden kann. Und last but not least unterstützen wir aktiv die Bestrebungen zum Ausbau des Stromnetzes mit zusätzlichen Millionenbeträgen in den kommenden Jahren, auch wenn dies erst einmal weniger Erträge bedeuten könnte. Ab 2024 wollen wir außerdem selbst in die verpflichtende kommunale Wärmeplanung einsteigen.

Es ist richtig, dass wir angesichts der Neuverschuldung keine Mittel zur weiteren Umsetzung des Radverkehrskonzepts vorgesehen haben. Doch nicht alle Verbesserungen beim Radverkehr sind investive Maßnahmen – bessere Beschilderungen kosten nicht viel. Solche und andere nicht-investive Maßnahmen in diesem Bereich werden wir selbstverständlich auch weiterhin umsetzen. Und seit der Erstellung des Konzepts sind Maßnahmen in der Verantwortung der Gemeinde auch umgesetzt worden. Alleine im vergangenen Herbst kamen 30.000 € für neue Radboxen am Bahnhof dazu.

Naturschutz ist uns ebenfalls nicht fremd. Die Biotopverbundplanung ist eine Aufgabe, hinter der wir stehen und die wir ernst nehmen. Der neue Landschaftsplan zum Flächennutzungsplan soll Themen des Naturschutzes ebenso berücksichtigen wie die Erfordernisse der Landwirtschaft und Potenziale zur Erzeugung von Sonnenstrom auf großflächigen Anlagen.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich zusammenfassen: Eine Schuldenbremse für Kommunen gibt es nicht. Ansonsten hätten wir bereits jetzt dieselben Probleme wie der Bund. Aber wir werden versuchen neue Schulden verantwortungsbewusst für sinnvolle Investitionen

aufzunehmen. Wir werden 2024 auch im Haushaltsvollzug darauf achten, sparsam mit den uns anvertrauten Mitteln umzugehen.

Was ist nur wünschenswert, was ist überhaupt leistbar? Diese Fragen werden uns in der Zukunft noch manches Mal beschäftigen. Denn eine Besserung sehe ich bei Betrachtung der mittelfristigen Finanzplanung nicht. Das ist bedenklich und ich muss feststellen, dass bei anhaltenden Defiziten finanzielle Handlungsspielräume auch für Transformationsprozesse fehlen. Bund und Länder müssen Sorge tragen, dass die finanzielle Basis der Kommunen nicht noch weiter erodiert.

Wenn ich dies sage, verstehen Sie mich bitte nicht falsch. Es geht mir gar nicht um den ständigen Ruf nach mehr Geld. Es geht darum sich ehrlich zu machen, was angesichts der Aufgabenfülle einer komplexen Welt in Zukunft finanziell und personell noch leistbar sein wird bzw. was im Fokus stehen kann.

Ich zitiere nochmals den Präsidenten des Gemeindetags Steffen Jäger, der gesagt hat: „Die Zeiten von zusätzlichen Standards, Rechtsansprüchen und staatlichen Leistungszusagen müssen vorbei sein. Stattdessen braucht es eine politische Kultur, in der nur so viel versprochen wird, wie auch geleistet werden könne.“

Ich sage dazu: Mehr Minimalprinzip, weniger Perfektionismus. Wenn wir ständig mehr versprechen als wir halten können, macht sich die Politik am Ende unglaubwürdig und zwar auf allen Ebenen dieses Staates. Und das schadet der Demokratie und dem Vertrauen in den Staat mehr als es nutzt.

Soweit meine Einordnung zum vorliegenden Zahlenwerk. Zum Abschluss möchte ich danke sagen.

Danke an unsere Kämmerin Bernadette Pahn mit ihrer Stellvertreterin Sylvia Fügner und dem gesamten Team der Finanzverwaltung für die monatelange Arbeit an diesem Haushaltsplan. Danke allen Mitarbeitenden in allen Ämtern, die Planungen vorgenommen und Zahlen erhoben haben.

Danke Ihnen, den Mitgliedern des Gemeinderats, für die Diskussion und aktive Mitarbeit an diesem Haushaltsplan. Das fällt naturgemäß bei guten Zahlen leichter als in der aktuellen Situation. Ich glaube aber, dass wir trotz möglicher unterschiedlicher Schwerpunkte ein gemeinsames Verständnis davon entwickeln können, wie wir trotz finanzieller Einschränkungen Meckenbeuren weiter entwickeln werden.

Wenn Sie das Zahlenwerk wie vorliegend heute so beschließen, wären die Reden der Fraktionsvorsitzenden und der Satzungsbeschluss am 24. Januar möglich. Als Gemeindeverwaltung wären wir dann für 2024 schnell handlungsfähig.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.